

# „Es ist ein Tag der Freude“

Wulff und 21 Uni-Präsidenten unterzeichnen den Hochschul-Zukunftsvertrag

Von Marco Hadem

**Hannover.** Mehr Sicherheit für Niedersachsens Unis: Mit einer Geldspritze von 8,45 Milliarden Euro will das Land den Hochschulstandort weiter stärken.

Das Geld soll von 2011 bis 2015 fließen. Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) unterzeichnete gemeinsam mit den 21 Präsidenten der Unis und Fachhochschulen einen neuen Zukunftsvertrag, der den Zuschuss auf fünf Jahre fest schreibt. Darüber hinaus will das Land künftig eventuell steigende Personalkosten an den Hochschulen übernehmen.

„Es ist ein Tag der Freude“, sagt Wulff. Dank des Vertrages könnten sich die Universitäten auch weiterhin ganz auf ihre Arbeit konzentrieren und müssten nicht „verängstigt und sorgenvoll zu den Haushaltsberatungen des Landes schielen“.

Der neue Hochschul-Pakt baut auf dem 2005 erstmals in Kraft getretenen Zukunftsvertrag auf. Damals hatte die Landesregierung nach zähen Verhandlungen Zuschüsse in Höhe



Die Studenten können auf bessere Bedingungen hoffen – die Hochschulen erhalten bis 2015 insgesamt 8,45 Milliarden Euro.

Foto: Ini

von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr festgeschrieben. „Diese auf Vertrauen basierende Sicherheit wollen wir ihnen in Niedersachsen auch für die nächsten fünf Jahre eröffnen“, sagt Wulff. Die Hochschulen erhalten nun jährlich 1,6 Milliarden Euro, auch um die Belastung durch den doppelten Abiturjahrgang im kommenden Sommer aufzufangen. Während dieses Jahr

27 000 junge Leute ihr Abitur machten, werden 2011 mehr als 50 000 Abiturienten erwartet.

Ergänzend zu den 8,45 Milliarden Euro stehen den Unis im Land zusätzlich rund 700 Millionen Euro aus dem Etat des Hochschulpaktes II der Bundesregierung zur Verfügung. Das Geld können die Hochschulen bei Bedarf für den Ausbau von bis zu 35 500 Stu-

dienplätzen abrufen. Im Gegenzug verpflichten sich die Hochschulen, die Einnahmen aus Studienbeiträgen (2009: 94 Millionen Euro) komplett zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen einzusetzen.

Die Professoren werden zudem unentgeltlich eine Semesterwochenstunde mehr lehren und die Unis verpflichten sich,

zur Entbürokratisierung und Verschlinkung ihrer Verwaltung – ohne Personal zu streichen. Die Opposition im Landtag zeigte sich von dem Vertragswerk dagegen nur wenig begeistert. Der Zukunftsvertrag bedeute Stagnation statt Aufbruch, hieß es aus der SPD-Fraktion. Er liefere auch keine Antworten auf den drohenden Fachkräftemangel.